

Mittwoch, 25. November 2026, 17:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Abgemacht statt abgestimmt

Die Sache ist klar: Ilse Aigner wird Bundespräsidentin. Die Bundesversammlung findet dennoch statt und simuliert eine Wahl, die nur als Farce bezeichnet werden kann.

von Roberto J. De Lapuente
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (New Africa, FooTToo)

Immerhin – es gibt was zu essen. Wenn am 30. Januar 2027 die Delegierten der

18. Bundesversammlung seit Staatsgründung zusammentreten, dann wird nach der Wahl des Bundespräsidenten noch diniert. Die Ausschreibung zwecks kulinarischer Begleitung des Events wurde ***bereits im August veröffentlicht*** *(https://it-leistungsverzeichnisse.de/produkte/vergabe-archiv/deutscher-bundestag-vergabereferat-catering-bundesversammlung-va-w65rg5am). Nach Berlin fahren, im ersten Wahlgang die Kandidatin der sogenannten Mitte zum Staatsoberhaupt küren, noch etwas spachteln, dazu zwei Gläschen, höchstens acht: Ach, wie schön ist die Simulation demokratischer Prozesse. Wenn das Catering nicht wäre, lohnte es sich gar nicht, zu diesem Anlass in die Hauptstadt zu eilen. Die 75 Euro Tagespauschale, die jedem Mitglied der Bundesversammlung zustehen, locken nun wirklich keinen in den Reichstag.*

1,9 Millionen Euro sind im Haushalt 2027 für dieses Großereignis vorgesehen (https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1205228). Selten kommt es vor, dass postdemokratische Abläufe so kostengünstig zu haben sind. Meist kosten sie den Steuerzahler sehr viel mehr. Die Bundesversammlung ist das Schnäppchen unter den verschiedenen Angeboten der Volksherrschaftsfolklore. Obwohl die Bundesversammlung von Anfang an — die erste fand am 12. September 1949 statt — eine Farce war, so wohnte ihr bis zum Jahr 2010 meist noch eine gewisse Ernsthaftigkeit inne. Seither verabredet sich das politische Berlin parteiübergreifend und ernennt in den Hinterzimmern der Macht einen Bundespräsidenten — die Bundesversammlung muss ihn quasi im Nachgang bestätigen.

Eine Wahl gibt es nicht mehr. Für die Bürger gab es das in der Bundesrepublik nie, Abgeordnete wählten seit 1949 das Staatsoberhaupt — denn sicher sei sicher.

Hat Hindenburg es verbockt?

Bis heute ist Paul von Hindenburg das einzige deutsche Staatsoberhaupt, das je vom Volk gewählt wurde. 1925 und 1932 gewann er die Reichspräsidentenwahlen. Sein Vorgänger im Amt, Friedrich Ebert, erster Reichspräsident der Weimarer Republik, wurde von der Nationalversammlung berufen. Bis heute wird der greise Generalfeldmarschall als Grund angeführt, weswegen das Volk das Staatsoberhaupt nicht wählen sollte — immerhin hätte Hindenburg Hitler an die Macht gebracht. So ganz zutreffend ist diese Einschätzung nicht. Wie so vieles, was in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg über jene Zeit damals behauptet wird. Beliebt ist es zum Beispiel auch, die schon genannte Weimarer Republik als das erste Opfer der Nationalsozialisten zu betrachten. Dabei war die längst auf Abwege geraten, die Kabinette der Reichskanzler Franz von Papen, Heinrich Brüning und Kurt von Schleicher regierten mit Notverordnungen — dass der Reichspräsident dafür mitverantwortlich war, steht außer Frage.

Zunächst wählte man diesen antidemokratischen Kurs eines sogenannten Präsidialkabinetts, weil die Mehrheitsverhältnisse die Regierungsbildung massiv erschwerten. Später hielt man auch wegen des Aufstiegs der Nationalsozialisten an dieser Regierungsform fest. Sie sollte Hitler verhindern. Man könnte die Notverordnungen, mit denen die drei Reichskanzler regierten, durchaus mit der heutigen Brandmauer vergleichen. Damals ist sie gescheitert, denn irgendwann kam Hindenburg an dem Parvenu nicht mehr vorbei; er musste die NSDAP mit an Bord holen, denn sie etablierte sich als Machtfaktor. Als die Nationalsozialisten Ende

Januar 1933 die Macht erhielten, lag die Weimarer Republik schon am Boden. Sie war drei Jahre lang ausgehöhlt worden. Wäre Hitler nicht gekommen, ein anderer autokratischer Politiker hätte sie sich gefügig gemacht. Schon vor der sogenannten Machtergreifung war die Republik nicht mehr zu retten. Wer heute betont, man erlebe in diesen Zeiten eine Wiederholung jener Weimarer Jahre, meint damit, man müsse besonders wachsam sein. Noch wachsamer als damals. Doch nichts könnte falscher sein. Die demokratischen Prozesse waren längst zersetzt, das Land taumelte — ob mit Hitler oder ohne ihn — in eine Diktatur.

> ***War nun Paul von Hindenburg also derjenige, der die Nationalsozialisten erst ermöglicht hatte? Im Februar 1969, anlässlich der damaligen Bundesversammlung, erklärte der Historiker Sebastian Haffner*** *(https://www.youtube.com/watch?v=HPtIgyktDds)*, ***warum man es sich in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit vielleicht zu einfach macht, jenen alten Generalfeldmarschall zu einem warnenden Beispiel zu erklären.***

Immerhin hatte Hindenburg Hitler verhindert. Das war 1932, in jenem Jahr hatte auch Hitler für das Amt des Reichspräsidenten kandidiert. Er scheiterte deutlich an der Überfigur des Paul von Hindenburg — für die Deutschen war er die Stimme der Vernunft, der Kandidat, der für Maßhaltung stand. Wie gesagt, die Deutschen durften damals ihr Staatsoberhaupt noch selbst wählen. Nach dem Krieg warf man Hindenburg vor, Hitler zum Reichskanzler ernannt zu haben. Daraus leitete man die Warnung ab, dass man dem Volk die Wahl des Staatsoberhauptes besser nicht mehr überlassen sollte. Dabei übersah man jedoch einen entscheidenden Punkt, der für das Volk spricht: Als die Deutschen 1932 die Wahl hatten, entschieden sie sich mehrheitlich für Hindenburg — und eben nicht für Hitler oder den kommunistischen Kandidaten Ernst Thälmann.

Ilse Aigner ist Kandidatin … Entschuldigung: … ist Bundespräsidentin

Der Historiker Haffner sah Hindenburg in einer ausweglosen Situation — er selbst, so sagte er damals, habe 1932 auch Hindenburg gewählt. Und er würde es wieder tun, wenn die Umstände so seien, wie sie damals waren. Für ihn sei es sehr fraglich, warum man in der Bundesrepublik das Staatsoberhaupt nicht selbst wählen dürfe. Die Causa Hindenburg reiche als Erklärung jedenfalls nicht aus. Zumal Bundespräsidenten nicht mal annähernd mit jenen Kompetenzen und Befugnissen ausgestattet wurden, die ein Reichspräsident in den Jahren zwischen 1919 und 1933 auf sich vereinte. Welche Gefahr ginge also von den Wahlberechtigten aus, wenn sie die Möglichkeit hätten, ihr Staatsoberhaupt selbst zu wählen? Sebastian Haffner erkannte keine Gefahr, im Gegenteil, die Volkswahl wäre möglicherweise ein Garant für höhere Stabilität. Wird der höchste Mann im Lande gewissermaßen plutokratisch gewählt, von seinesgleichen, auf Basis parteipolitischer Überlegungen, so entwickelte sich im Volk sehr schnell ein Gefühl dafür, von der politischen Klasse bevormundet zu werden.

Haffner konnte nicht mal im Ansatz erahnen, wie sehr das auf die heutige Zeit zutrifft. Mehr noch als damals, denn als Haffner die Art und Weise der bundesrepublikanischen Wahl des Bundespräsidenten kritisierte, da gab es zumindest noch den Schein einer solchen. Seit dem Jahr 2012 hat sich das maßgeblich verändert. Als der Historiker 1969 seinen Kommentar zur Bundespräsidentenwahl formulierte, folgte einige Tage später eine Bundesversammlung, die drei Wahlgänge benötigte. Gustav Heinemann und Gerhard Schröder — nicht der Kanzler von 1998 bis 2005, sondern ein CDU-Politiker und ehemaliger Bundesaußenminister — lagen gewissermaßen gleichauf. Eine

solche Bundesversammlung kennt man in der Berliner Republik nicht mehr — in der Bonner Republik gehörten sie alle fünf Jahre zur Tagesordnung. 2012 sprachen sich Union, Sozialdemokraten, Grüne und Liberale ab: Joachim Gauck sollte es werden. Im ersten Wahlgang kam der parteilose Kandidat, der nie wirklich ohne Partei war, sondern gerne Partei ergriff für die Mächtigen im Lande, auf mehr als 80 Prozent der Stimmen. Beate Klarsfeld, Kandidatin der Linken, fungierte nur noch als Feigenblatt. Vorausgegangen war dieser Wahl eine kurze Präsidentschaft. Christian Wulff zog sich nach einer Affäre zurück. Sein Vorgänger wiederum verbat sich Kritik an seiner Amtsführung und gab seinen Rücktritt bekannt. Ob man sich in Berlin dachte, dass man nun verlässliche Leute brauche, die man besser nicht in der Bundesversammlung wählen lasse, sondern vorher schon berufe, lässt sich kaum ermitteln — man darf es jedoch annehmen.

> ***Auf Gauck folgte Frank-Walter Steinmeier. Wieder einigten sich die vier Parteiblöcke auf diesen Kandidaten. Dann folgte 2022 die Wiederwahl Steinmeiers. Erneut dieselbe Konstellation. Immer gab es freilich Gegenkandidaten. Aber sie lagen weit davon entfernt, eine auch nur angenommene Mehrheit erreichen zu können.***

Die vereinbarten und vormals abgesprochenen Kandidaten blieben konkurrenzlos. Im kommenden Januar steht die 18. Bundesversammlung an. Eine Frau sollte nun das Amt bekommen — so war man sich im Berliner Politikbetrieb einig. Erneut verständigten sich die CDU/CSU, SPD und Grüne auf eine Kandidatin: Ilse Aigner soll es werden. Oder soll man sagen: Ilse Aigner ist Bundespräsidentin? Denn eine Wahl bereits im ersten Wahlgang — und das mit erdrückender Überlegenheit — ist vorprogrammiert. Die anderen Parteien stellen, wie es gute Tradition der letzten Jahre geworden ist, aussichtslose Gegenkandidaten auf. Thomas Berthold, Fußballweltmeister von 1990, wurde von der AfD nominiert. Warum sie überhaupt noch

Kandidaten berufen, bleibt rätselhaft. Man könnte das Dilemma um deutsche Bundespräsidenten recht gut auf den Punkt bringen, wenn Bundesversammlungen künftig nur noch einen Kandidaten bestätigen müssten. Denn nichts anderes sind diese Veranstaltungen seit Langem. Wie gesagt, die Bundesversammlungen waren von jeher eine demokratische Farce, weil sie als Ausdruck des Misstrauens gegenüber Bürgerentscheidungen im Grundgesetz verankert wurden — nun hat man selbst dieses Verfahren gekapert und setzt den Bürgern eine inszenierte Wahl vor, bei der Wochen vorher längst alles ausgewürfelt wurde.

Das endgültige Ende der Postdemokratie

Zur Wahrheit gehört auch, dass das Amt des Bundespräsidenten für die Abläufe in der Bundesrepublik nicht sonderlich wichtig ist. Er ist ein Staatsoberhaupt, das wenige Befugnisse hat. Sein Kugelschreiber oder Füller sollte allerdings funktionieren, denn Unterschriften muss er leisten. Ein Veto-Recht hat er auch. Aber da Bundespräsidenten im Regelfall Personen sind, die in ihrem Vorleben parteipolitisch wirkten, ist hier selten mit Widerspruch zu rechnen. Ein Präsident, der vom Volk gewählt würde, könnte mit einem anderen Mandat ausgestattet sein. Aber darüber zu sinnieren lohnt nicht, das Grundgesetz gibt eine solche Option nicht her — und die Politik wird den Teufel tun, es zu ihren Ungunsten zu verändern. Sie hat ja nun selbst die Bundesversammlung domestiziert. Was bleibt, ist die Show, die Fassade, die Inszenierung demokratischer Abläufe. Postdemokratie: Das war eine ganze Weile das Modewort kritischer Bürger. Davon sind sie abgekommen, man vernimmt das Wort nur noch selten. Vermutlich, weil die Postdemokratie als Zwischenstadium an uns vorbeizog. Ja, es gibt sie einfach nicht mehr.

Denn mit Postdemokratie bezeichnet man einen Zustand, in dem die demokratischen Institutionen weiterbestehen, aber die politischen Entscheidungen zunehmend außerhalb demokratischer Willensbildungsprozesse getroffen werden. Wahlen, Parlamente und Abstimmungen bleiben erhalten, werden allerdings als Inszenierung betrieben. So weit, so gut. Das entspricht dem, was zu den Bundesversammlungen der letzten Jahre gesagt wurde — und was auch andere Felder der Politik betrifft, die in der Vorrede nicht erwähnt wurden. Eines war in der Postdemokratie aber entscheidend: Sie wahrte den Schein. Nie hätte sie zugegeben, dass es sich um Show handelt, sie blieb ernst, geradezu gravitätisch. Den Vorwurf der Entmachtung konterten die Postdemokraten empört. Wie der nackte Kaiser, den das Volk auslachte und der für sich dachte, dass er nun erst recht durchhalten müsse, so gehörte es zum Instrumentarium des Postdemokratischen, die Arschbacken zusammenzukneifen und so zu tun, als sei alles in bester demokratischer Ordnung. Trifft das heute noch zu? Man entblödet sich ja in dieser Berliner Republik nicht mehr, den Schein auch nur aufrechterhalten zu wollen. Und das nicht nur was die Bundesversammlung betrifft, die politisch betrachtet nicht sonderlich wichtig wäre, die aber dennoch ein fatales Zeichen an das Wahlvolk darstellt — denn wieder setzt man den Leuten jemanden vor, ohne dass er sich einer Wahl, die dieses Wort verdient, stellen muss.

> ***Letzte Woche sprachen die Karlsruher Richter ein Machtwort: Nein, eine Neuauszählung der letzten Bundestagswahl werde es nicht geben. Das BSW habe nicht eindeutig belegen können, das falsch gezählt wurde — dass bereits einige tausend Stimmen berichtigt wurden, unterschlugen die Richter von Parteignaden damit.***

Es gibt also definitiv Zweifel an der Auszählung — und damit auch an demokratischen Wahlen in der zeitgenössischen Bundesrepublik. Müsste man als Verfassungsrichter nicht annehmen, dass man hier

im Sinne der Vertrauensbewahrung einschreiten sollte? Aber nichts dergleichen, nicht mal mehr der Schein muss gewahrt werden. Und wenn sich immer mehr Bürger abwenden, das Vertrauen in das Land verlieren — und in die politische Klasse ohnehin —, dann ist das eben so. Keine Rücksicht auf den Vertrauensentzug. In der Berliner Republik macht man keinem Bürger mehr was vor. Das ist unter der Würde der politischen Klasse. Sie regiert durch — bewusst und offen demokratiedefizitär. All das, während sie freilich vorgibt, die Demokratie zu retten. Wie damals, als die Weimarer Politik ihre Republik mit Notverordnungen am Parlament vorbeiretten wollte. Nun ja, sie wollte es gar nicht. Auch das könnte eine Parallele zu heute sein. Die nächsten Wahlen kommen sicher. Karlsruhe hat bewussten Wahlfälschungen Tür und Tor geöffnet. Nur bei der Wahl von Ilse Aigner, im Januar 2027, wird alles mit rechten Dingen zugehen. Denn Wahlen, die man vorher verabredet hat, haben den großen Vorteil, gar nicht mehr gefälscht werden zu müssen.



Roberto J. De Lapuente, Jahrgang 1978, ist gelernter Industriemechaniker und betrieb acht Jahre lang den Blog **ad sinistram**. Von 2017 bis 2024 war er Mitherausgeber des Blogs **neulandrebellen** (https://www.neulandrebellen.de/). Er war Kolumnist beim Neuen Deutschland und schrieb regelmäßig für **Makroskop**. Seit 2022 ist er Redakteur bei**Overton Magazin** (https://overton-magazin.de/). De Lapuente hat eine erwachsene Tochter und wohnt in Frankfurt am Main.